

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Deutschland 3,50 M., für den Rest des Reichs 4,00 M., für den Ausland 4,50 M. ...

Die abgezeichnete Kuponreihe über deren Namen lautet 5.- M. einschließlich Steuerungsbeitrag. Kleine Kupons: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsbeitrag. ...

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Eine englische Drohung

### Englands Antwort an Rußland

London, 21. Juni.

Reuter erzählt: Die englische Antwort auf die Sowjetnote ist gestern Abend überliefert worden. Es wird darin vorausgesetzt, daß die Sowjetregierung bereit ist, Frieden zu schließen. Um aber einstweilen die Aufrichtigkeit der Sowjetregierung zu prüfen, sind die Polen aufgefordert worden, selbst um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Wenn die Sowjetregierung nicht bereit ist, Frieden zu schließen und in Polen eindringt, so werden die Verhandlungen über die Wiederausnahme des Handels mit Sowjetrußland eingestellt werden. Vorläufig wird die russische Mission, die sich augenblicklich in Neval befindet, nicht nach England weiter gehen.

Rotterdam, 22. Juli.

Dem „Manchester Guardian“ zufolge wird in der russischen Antwortnote außer dem schon bekannten noch folgendes dargestellt: Die Sowjetregierung weigert sich bestimmt mit einem Vertreter des Generals Wrangel zusammenzukommen, oder seine Sache anzuerkennen. Wrangel wird dauernd der „Meuternde General“ genannt. Die Sowjetregierung ist bereit, seinen Truppen und den unter seinem Schutz befindlichen Personen Sicherheit zu gewährleisten. Auf der anderen Seite verlangt sie bedingungslos die Übergabe der ganzen Halbinsel Krim und aller darauf befindlichen militärischen Vorräte. Was den Völkerbund angeht, so weigert sich die russische Regierung, sich an die Vorschriften dieses Bundes zu halten, den sie einen Bund der alliierten Regierungen nennt. Die Antwort weist darauf hin, daß das Verhalten des Bundes Rußland niemals amitiert worden ist, und daß sie alles, was es von dem Bunde weh, aus den Lehren erfahren habe. Die Sowjetregierung betont, daß trotz der Bestimmungen des Völkerbundes die Alliierten nichts getan haben als bekannt wurde, daß Polen einen Angriff auf Rußland beabsichtige. Daher steht die russische Regierung nicht ein, warum sie sich jetzt, wo Polen von einer Katastrophe in den von ihm begonnenen Kriege bedroht steht, dem Bunde unterwerfen soll.

### Zwei neue Noten der Entente

Rotterdam, 22. Juli.

Der politische Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt über das Ergebnis der Sitzung des englischen Kabinetts vom 21. d. M. noch, daß beschlossen wurde, zwei Noten zu versenden, nämlich die Antwort auf die russische Note und eine andere Note mit Vorschlägen an Polen. In der letzteren wird Polen formell ermahnt, sich wegen eines Waffenstillstandes direkt nach Moskau zu wenden.

London, 22. Juli.

In einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Mitteilung heißt es: Aus der russischen Note gehe deutlich hervor, daß in Moskau zwei Parteien eine Kriegs- und eine Friedenspartei vorhanden sind. Welche von beiden die Oberhand behalten werde, werde sich wahrscheinlich noch Ende der Woche zeigen.

### Eine Koalitionsregierung in Polen

Berlin, 22. Juli.

Wie der Telegraphen-Union aus Warschau gemeldet wird, beschloß der Oberste Rat der Verteidigung in Anbetracht der schwierigen Lage eine Koalitionsregierung aus sämtlichen Parteien zu bilden. Den Posten des Ministerpräsidenten soll die Volkspartei befehlen.

### Eine russische Bank in London

L. L. London, 21. Juli.

Die bolschewistischen Handelsvertreter in London haben da selbst eine Bank errichtet, deren Kommissare sie selber sind. Die Bank trägt den Namen Russian Trade Delegation Bank. Krassin wird vermutlich zum ersten Direktor ernannt werden. Es wird weiter gemeldet, daß bereits 2 Millionen Pfund Sterling russisches Gold nach England unterwegs seien.

### Die Kriegslage

#### Weiterer Vormarsch der Russen

L. U. Kowno, 21. Juli.

Nach dem polnischen Heeresbericht dauern die Kämpfe nördlich Grodno an. Bei Rowogrodol mühten sich die Polen unter dem Druck des Feindes zurückziehen. Russische Angriffe am Styr wurden abgewiesen. Bei Dubno und Rignoi gehen die Kämpfe weiter.

Nach einer Mitteilung aus Helsingfors ist Kaskolnikow zum Chef der russischen Flotte ernannt worden. Es soll sofort eine Reorganisation der russischen Flotte vorgenommen werden.

Die Bolschewisten marschieren in drei Heereskolonnen auf Warschau. Bei der Besetzung der Festung Grodno durch die russischen Rätegruppen sind auch kaukasische Truppen in die Stadt gedrungen. Die Kaukasier verweigern sich dagegen, daß sie gemeinsam mit den Bolschewisten operieren mühten. Im bolschewistischen Heer soll eine ausgesprochene nationale Stimmung herrschen.

### Polnischer Frontbericht

L. U. Warschau, 22. Juli.

Polnischer Heeresbericht vom 21. Juli: Feindliche Abteilungen haben Grodno besetzt und tragen ihren Angriff an der Chaussee Grodno-Lowman vor. Unsere Abteilungen kämpften bei Balun. Dieser Ort ging eine Zeitlang verloren, wurde aber durch Gegenangriff wieder genommen. Die Bolschewisten versuchten bei Lupa und Wola und an der ganzen Stara entlang auf jeden Fall durchzubrechen. Heftige bolschewistische Angriffe auf der ganzen Stara-Linie, die besonders gegen den Brückenkopf Slonim gerichtet sind, wurden aufgehalten. Es entspannen sich heftige Kämpfe zwischen Slonim und Bielawa. Die Bolschewisten sammelten für diese Aktion drei Infanteriedivisionen und erlitten beim forzieren der Stara große Verluste. Im Bolschewischen Abschnitt bei Jazlowice haben unsere Abteilungen feindliche Angriffe abgewiesen und warfen bolschewistische Abteilungen aus dem Dorf zurück. Ostlich der Front wußte General Balachowicz alle Angriffe zu vereiteln, trotzdem die Bolschewisten auf dem engen Raum eine Division und große Kanallermassen angeammelt hatten. Der Feind nahm Kieczpa und warf unsere Truppen auf Prywieczka zurück. Südlich davon wurden alle feindlichen Versuche, die Front zu durchbrechen, von unseren Abteilungen vereitelt. Im Süden mußte die 18. Division nach heldenmütigem Kampfe Dubno räumen. Bei Targowica und bei Kofin wehrte die 6. Armee weitere feindliche Angriffe ab. Bei Woloskowice hatte eine 800 Mann starke Kavalleriebrigade der Bolschewisten unsere Front durchbrochen, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. In der Nacht vom 19. zum 20. ging ein ganzes kubanisches Kofakenregiment mit seinen Offizieren zu uns über.

### Oesterreichischer Zusammenbruch

#### Karl als Kriegsverbrecher

L. U. Wien, 22. Juli.

Im Ausschuss für Heereswesen erstattete der Abgeordnete Witzler gestern ein eingehendes Referat über die von der Kommission zur Feststellung und Verfolgung militärischer Pflichtverletzungen im Kriege vorgelegten Berichte. Einer dieser Berichte ist besonders interessant dadurch, weil er die Ursachen des Zusammenbruchs an der Südwestfront aufdeckt. Nach diesem Bericht trifft die Schuld an den ungeheuren Verlusten an Menschen und Material, die sich wenige Stunden vor Beendigung des Weltkrieges an der Südwestfront ergaben, den Kaiser und das Armeekommando. Der Kaiser und das Armeekommando schaukelten nämlich, ob sie die harten Bedingungen annehmen sollten oder nicht. Zuerst wurde aus Baden ein Telegramm an die Front geschickt, den Waffenstillstand sofort anzunehmen und durch ein späteres Telegramm wieder annulliert. Die hohen Generale zeigten im entscheidenden Augenblick Gleichgültigkeit. Der Kaiser war wankelmütig. Innerhalb 24 Stunden änderte er dreimal seine Meinung und ließ seine vorherigen Entscheidungen immer wieder um.

Mitteilung des Boykotts gegenüber Deutsch-Westungarn. Gegenüber Deutsch-Westungarn wird der Boykott gemildert unter der Voraussetzung, daß den österreichischen Vertretern in Debensburg das Verteilungsrecht der über die Grenze gehenden Waren nicht.

### Die deutsche Neutralität

Von Rudolf Breitscheid

Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen — reichlich spät — ihre Neutralität in dem Krieg zwischen Rußland und Polen erklärt. Diese Erklärung, die natürlich nicht den geringsten Einfluß auf die lebhaften Sympathien auszuüben vermag, die wir für den einen der streitenden Teile, nämlich für die russische Republik, im Herzen tragen, hat zunächst insofern eine große politische Bedeutung, als mit ihr amtlich zum Ausdruck gebracht ist, daß wir mit Sowjetrußland tatsächlich im Frieden leben. Es ist freilich ein anormaler Friedenszustand, da die diplomatischen Beziehungen seit dem Herbst 1918 nicht bestehen, aber dadurch wird nichts an der Tatsache geändert, daß alle feindlichen Akte, die in der Zwischenzeit gegen die Bolschewiki unternommen worden sind, das baltische Abenteuer sowohl als die Anwerbungen von Truppen für die antibolschewistischen Generale auf deutschem Boden, auch den Bestimmungen des Völkerrechts zuwider geleistet wurden. Die Berechtigung aller scharfen Kritik an dem Verhalten der verschiedenen Regierungen, die einander seit dem Januar 1919 gefolgt sind, ist jetzt offiziell anerkannt worden.

Natürlich war diese Feststellung nicht der Zweck der Verkündung der deutschen Neutralität. Deutschland soll durch sie das Recht erlangen, Truppenkörper, die absichtlich oder vom Feind bedrängt, die deutsche Grenze überschreiten, zu entwerfen und gleichzeitig Truppen und Munitionstransporte zur Unterstützung einer der kämpfenden Parteien durch sein Gebiet zu verhindern.

Was den Durchzug der Truppen angeht, so hat es zwar in vergangenen Zeiten unter den Völkerrechtslehrern Meinungsverschiedenheiten über seine Berechtigung gegeben, und es wurde hier und da behauptet, daß der neutrale Staat ihn nicht verweigern könne. Neuerdings aber ist eine vollständige Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Erlaubnis des Durchmarsches eine offensbare Verletzung der Neutralitätspflicht darstelle, und daß der, zu dessen Ungunsten die Truppenverschiebungen erfolgen, berechtigt sei, den Staat, der sie gestattet, als Feind zu betrachten und zu behandeln. Die Frage ist deshalb für uns von unmittelbarer Wichtigkeit, weil die Entente bekanntlich den Russen gedroht hat, sie werde für den Fall, daß sie sich auf die von ihr formulierten Friedensbedingungen nicht einließen, den Polen mit allen Mitteln zu Hilfe eilen. Der Gedanke, Deutschland als Aufmarschgebiet zu benutzen, liegt außerordentlich nahe, und Deutschland ist nun verpflichtet, sich jedem solchen Versuch mit aller Entschiedenheit zu widersetzen.

Bei der gegenwärtigen Verteilung der Kräfte kann es bei Verfolg dieser Politik allerdings — das darf nicht verkannt werden — in eine sehr schwierige Lage geraten. Ein bewaffneter Widerstand ist so gut wie ausgeschlossen. Das Beispiel, das Belgien im Jahre 1914 gab, läßt sich nicht nachahmen. Wir können es nicht auf einen neuen Krieg mit Frankreich und England ankommen lassen. Wir haben jedoch unser Recht bis zum Äußersten zu betonen und den verbündeten Regierungen die Verletzung der Neutralität so schwer als möglich zu machen. Je konsequenter wir dabei verfahren, um so mehr dürfen wir auch hoffen, die Opposition, die in den Weststaaten gegen die Unterstützung der Polen vorhanden ist, zu befestigen und damit das Unternehmen unpopulär zu machen und von vornherein zu schwächen.

Die Haltung des amtlichen Deutschland müßte ihre Ergänzung finden in der Haltung der deutschen Arbeiterschaft. Je weniger wir imstande sind, einen Bruch des Völkerrechts militärisch abzuwehren, um so mehr muß das Proletariat seine Macht und seinen Einfluß in die Waagschale werfen. Es hat nach der Methode, die die internationalen Gewerkschaften Ungarn gegenüber anwenden, den Boykott über die Entente zu verhängen und alle Mittel anzuwenden, um den Transport von Truppen und Munition durch Deutschland zu erschweren.

Wir zweifeln nicht daran, daß es dazu bereit ist und gewisse Vorgänge aus den letzten Tagen haben uns schon den Beweis erbracht, daß die Arbeiterschaft alle ihre Kräfte aufbietet, um die Neutralität wirksam zu schützen.

Nun kann die deutsche Regierung ihrem Widerspruch gegen Durchmärsche nur dann den gehörigen Nachdruck verleihen, wenn sie auf der anderen Seite mit der Entaffung übergetretener Truppenteile ernst macht, und deshalb können die Wäskten, die sie in dieser Beziehung verkleidet, an sich gebilligt werden. Das schließt indes keine unbedingte Zustimmung zu den Wegen ein, die sie zur Erreichung ihres Zweckes eingeschlagen hat. Sie hat in einer Note, die am Mittwoch in Paris überreicht worden ist, auf die Gefahren hingewiesen, die unserer Ostgrenze drohen, und am die Erlaubnis gebeten, im Osten militärische Verstärkungen vorzunehmen ohne Rücksicht auf die Abrüstungsverpflichtungen, die ihr in Spaa auferlegt worden sind. Dieses Vorgehen ist eher geeignet, drüben einen sehr ungünstigen Eindruck zu erwecken, darauf hat im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sogar der deutsche Abgeordnete Doehlich aufmerksam gemacht.

### Lärm in der Wiener Nationalversammlung

L. U. Wien, 22. Juli.

Der Einspruch der Wiener Sektion der Reparationskommission gegen das Gesetz über die Vermögensabgabe hat im Laufe des gestrigen Tages verschärfte Formen angenommen und es mußte eine formale Aenderung der entsprechenden Paragraphen des Gesetzes vorgenommen werden, die der Reparationskommission eine uneingeschränkte Herrschaft über die gesamte Finanzgebarung des Staates gewährt. Der Forderung der Reparationskommission mußte Rechnung getragen werden. Der Staatssekretär für Finanzen und der Leiter der Staatskanzlei Dr. Rany haben in der heutigen Nachtigung der Nationalversammlung die entsprechenden Anträge eingebracht, die von der Nationalversammlung in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben wurden.

Am Nachmittag kam es in der Nationalversammlung zu einem großen Skandal. Der durch die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Bauer stark kompromittierte Abgeordnete Dr. Friedmann, der Vertreter der Industriellen, der beschuldigt wurde, den Einspruch der Reparationskommission hervorgerufen und die Interessen der Großbanken bei der Reparationskommission vertreten zu haben, war gestern der Zeitpunkt heftiger Angriffe seitens der Sozialdemokraten.

Raum hat man in Spaa unterschrieben, so kommt man schon wieder mit neuen Einschränkungsansprüchen, und die Gefahr besteht, daß die Entente darin einen neuen Beweis für die Hinterhältigkeit Deutschlands und für die Unfähigkeit der deutschen Regierung zu sehen. Das um so mehr, als die Annäherung der kämpfenden Parteien an die deutsche Grenze doch schon bekannt war, als die Konferenz noch tagte, und trotzdem von den deutschen Delegierten eine Forderung, wie sie in der Note erhoben wird, gestellt wurde.

Aber es gibt auch noch andere Interessen. Der Minister des Auswärtigen hat in der Sitzung des Ausschusses davon gesprochen, daß es ihm weniger um einer Verstärkung der Truppen als um eine Bewaffnung der Einwohner in den bedrohten Grenzgebieten und um die Schaffung einer Art von Ortschutz zu tun sei. Darüber würde sich unter Umständen reden lassen, nur gelangen Nachrichten von starken Truppenansammlungen im Osten an unsere Ohren, und das gibt uns Anlaß zu lebhaften Befürchtungen. Der Geist dieser Reichswehr ist nicht derartig, daß wir von ihr mit Sicherheit die Beobachtung unbedingter Neutralität auch gegenüber der russischen Roten Armee erwarten können. In dem Augenblick, wo sich russische und deutsche Truppen an der Grenze gegenüberstehen, ist die Möglichkeit zu Konflikten gegeben, und ein unbedachtliches Eindringen russischer Truppen in deutsches Gebiet könnte die Reichswehr zu folgenschweren Maßnahmen veranlassen.

Das um so mehr, als ja in nationalistischen Kreisen die Behauptung vertreten wird, die Sowjetregierung beabsichtige den Krieg zum Zwecke der Revolutionierung über die deutschen Grenzen zu tragen. Diese Behauptung ist falsch, sie widerspricht den sämtlichen Erklärungen, die von Moskau aus ergangen sind und widerspricht auch den Erklärungen des Vornachrichters. Wir haben zu dem Minister Simons persönlich das Vertrauen, daß er es mit der Neutralität ehrlich meint, aber die Frage ist, ob er die Militärs unter allen Umständen an der Hand hat, und deshalb muß darauf gedrungen werden, daß die Zahl der für die etwaige Entlassung zur Verwendung kommenden Truppen so niedrig als möglich gehalten wird.

Darüber hinaus aber wäre es Pflicht der Regierung, gerade wenn sie an eine Gefahr von dem bolschewistischen Rußland glaubt, ungesäumt in Verhandlungen mit Moskau einzutreten, um den formalrechtlichen Friedenszustand zu einem wirklichen zu machen und freundschaftliche Beziehungen mit der östlichen Republik herzustellen. Simons hat am Mittwoch die Erklärung abgegeben, er werde sich niemals durch russische Propaganda in seinen Entschlüssen über die Gestaltung unserer Verhältnisse zu Rußland beeinflussen lassen. Der Moment ist da, um aus dieser Versicherung die praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen.

### Die Kommunisten und die Neutralität

Die „rote Fahne“ schreibt in ihrer heutigen Ausgabe: „Wir deutschen Kommunisten haben stets erklärt und erklären auch heute noch: daß die deutsche proletarische Revolution allein die Sache der deutschen Arbeiter ist, und daß sie nicht mit der Hilfe der Roten Armee Sowjetrußlands zum Siege geführt werden kann. Wir wissen uns darin mit unseren siegreichen russischen Brüdern durchaus einig. Die Russen werden die deutsche Grenze nicht überschreiten. Sie werden der deutschen Konterrevolution nicht den Gefallen tun, einen Vorwand zum Angriff auf Rußland und zur Errichtung der Militärdiktatur in Deutschland zu geben.“

## Bela Kuhn in Stettin angehalten!

### Ein österreichischer Offizier als Angeber

Berlin, 21. Juli.  
M. T. A. meldet: Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die österreichische Regierung steht mit Sowjetrußland in Verhandlungen über den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Sie hat daher vor kurzem die Reichsregierung ersucht, die noch in Oesterreich internierten Kriegsgefangenen Russen durch Deutschland nach Rußland zurückzuführen zu dürfen. Die deutsche Regierung hat ihre Zustimmung dazu erteilt.

Kunmehr ist ein Transport von 108 Männern und 8 Frauen über Bodenbach nach Stettin geführt worden. Dort machte der

österreichische Offizier, der den Transport führte, die Mitteilung, daß sich hochpolitische Persönlichkeiten bei dem Transport befänden. Schon vorher war durch das österreichische Konsulatsbüro verbreitet worden, daß Bela Kuhn mit mehreren Begleitern nach Deutschland abgehoben worden sei. Da die deutsche Regierung auf eine gelegentliche Anfrage des österreichischen Gesandten in Berlin ausdrücklich erklärt hatte, daß ihre Zustimmung sich nur auf den Durchtransport von Kriegsgefangenen bezöge, und wir es grundsätzlich nicht gestatten könnten, daß andere Personen, insbesondere politische Verfolgte wie Bela Kuhn, dem Transport angeschlossen würden, mußte der Transport in Stettin angehalten werden.

Nach den Regeln des Völkerrechts war der unter österreichischer Leitung und Bewaffnung stehende Transport als extraterritorial anzusehen. Eine Aussonderung der politischen Persönlichkeiten von den Kriegsgefangenen stand daher der deutschen Behörde nicht zu. Belmehrer mußte der ganze Transport, weil er gegen die Vereinbarung zusammengestellt war, nach Oesterreich zurückgeleitet werden. Die Rückführung des Transportes ist bereits im Gange. Die deutsche Regierung bedauert, daß infolge des Vorgehens der österreichischen Regierung die Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen verzögert wird; sie wird die Heimkehr dieser Gefangenen mit größter Beschleunigung bewirken, sobald die österreichische Regierung ihr nachweist, daß der erneute Transport der Vereinbarung entspricht.

## Die Rechtssozialisten retten die Stadtwehr

In der Bremer Bürgerschaft wurde in der vorigen Woche ein Antrag auf Auflösung der — geleglich schon gar nicht mehr erlaubten — Stadtwehr verhandelt. Man hätte annehmen sollen, daß dieser Antrag selbstverständlich angenommen worden wäre, da doch die drei sozialistischen Fraktionen die Mehrheit in der Bürgerschaft haben. Doch die Rechtssozialisten waren anderer Meinung. Sie, die der U. S. P. D. dreimal täglich den Vorwurf machen, daß sie zu selbe sei, Verantwortung zu übernehmen, erklärten, nur dann für die Auflösung der Stadtwehr stimmen zu wollen, wenn die U. S. P. D. bereit sei, im Falle einer sich daraus ergebenden Senatskrise in die Regierung einzutreten. Dabei schnitten die Rechtssozialisten durch einen Schlußantrag unseren Genossen das Wort zu einer Erklärung ab. Bei der Abstimmung enthielten sich die Rechtssozialisten der Stimme und erreichten dadurch, daß zur großen Freude des Bürgertums die Auflösung der Stadtwehr gegen die Stimmen der U. S. P. D. und Kommunisten abgelehnt wurde. Für diesen Liebesdienst der Rechtssozialisten, die nicht mehr wagen, sozialistische Politik zu treiben, ist die Bourgeoisie ihnen gewiß sehr dankbar.

## Der Rückgang der Weltmarktpreise

Die vom „Economist“ veröffentlichten Indizes für Juni zeigen einen weiteren, verhältnismäßig bedeutenden Rückgang der Weltmarktpreise. Während die seit März — dem Beginn des Zusammenbruchs des hochgetriebenen Preisgebäudes — veröffentlichten Angaben nur etwa 5 Proz. (April), 1 1/2 Proz. (Mai) Ermäßigung zeigten, ist im Juni eine Herabsetzung um etwa 16 Proz. eingetreten. Die Durchschnittszahl für Juni ist nunmehr mit 356,7 genannt. Voraussichtlich wird die Preiskrise auf dem Weltmarkte noch weiter wirken, augenblicklich ist erst der noch immer hohe Stand von Anfang Februar erreicht.

## Oberschlesische Betriebsräte wahlen

Aus Rattowich wird gemeldet:  
Die Betriebsräte wahlen im Eisenbahnbetrieb für den Direktionsbezirk Rattowich haben dem polnischen Jahrbuch eine vernichtende Niederlage eingebracht. Von 811 gültigen Stimmen, die bei der Wahl des Betriebsrates im genannten Direktionsbezirk abgegeben wurden, erhielten die Polen nur 134 Stimmen. Die polnische Vereinigung hat also nur zwei Betriebsräte von insgesamt 10 durchgebracht. Bei den Bezirksbetriebsräten schnitten die Polen noch wesentlich ungünstiger ab. Es wurden abgegeben 12541 gültige Stimmen. Davon entfielen auf die Polen nur 2408. Während der deutsche Eisenbahnerverband also acht Sitze im Betriebsrat erringen konnte, mußten sich die Polen nur mit zweien bescheiden. Wir haben kein Interesse daran, diesen Wahlausfall zu ungunsten der polnischen Nationalität zu deuten, wie die bürgerliche Presse. Der Sieg des deutschen Eisenbahnerverbandes zeigt nur die Ueberlegenheit dieser freigewerkschaftlichen Organisation über die polnische Jahrbuchvereinigung, womit keineswegs gesagt ist, daß nur Deutsche für die freie Gewerkschaft gestimmt haben. Der

deutsche Eisenbahnerverband hat zahlreiche Mitglieder polnischer Nationalität, die die proletarische Solidarität über nationalistische Zerpfitterung stellen und bei den Betriebsräte wahlen als Arbeiter, nicht als Polen stimmen. Es wäre daher mindestens vorzuziehen, von diesem Wahlergebnis Schlüsse auf den Ausschluß der bevorstehenden Abstimmung über die Zugehörigkeit Ober-schlesiens zu Polen oder Deutschland zu ziehen.

## Steinkohle für Holland

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Courant“ berichtet, er habe von zuverlässiger deutscher Seite erfahren, es bestöge kein Zweifel an der Aussicht, daß Deutschland das Steinkohlenabkommen mit Holland nicht erfüllen werde. Es werde am liebsten bekanntgegeben, daß der Wiederherstellungsanspruch die Lieferung von Steinkohlen an Holland genehmigt habe.

Die Internationalisierung des Bergbaues. Nach einer Erklärung des Generalsekretärs der französischen Bergarbeiterverbände haben die Delegierten der französischen Bergarbeiter, die sich im Monat August zum Kongress nach Genf begeben werden, die Diskussion der Internationalisierung der Bergbauproduktion, wie von der Seite vorgeschlagen worden ist, abgelehnt. Sie werden nur die Verstaatlichung der Bergwerke, sowie rein professionelle Fragen diskutieren.

## Einigung in der Betriebsrätefrage? Die Haltung der Betriebsräte

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsräte-Zentrale Münzstraße, ob selbständige Betriebsräteorganisation oder Anknüpfung der Betriebsräte an die Gewerkschaften, scheinen dadurch, daß die Fragen in großen Versammlungen von den Groß-Berliner Betriebsräten diskutiert wird, einer Klärung zuzuführen.

Die zwischen den beiden Körperschaften geführten Verhandlungen hatten sich, nachdem man kurz vor der Einigung stand, zerstreut. Darauf beschloß die von der Betriebsräte-Zentrale Münzstraße zusammenberufene Generalsammlung der Betriebsräte die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer selbständigen Betriebsräteorganisation. Die Berliner Gewerkschaftskommission und die Afa, Ortsarteil Berlin, berieten ihrerseits die Betriebsräte der einzelnen Industriegruppen zusammen, die sich nach Anhören eines Vortrages über „Wirtschaftspolitik und Betriebsräte“ auch mit der Wahl der Organe befassen sollte. Das Ergebnis dieser Gruppenversammlungen zeigt nun, daß die Betriebsräte in fast allen Industriegruppen die Einigung zwischen Betriebsrätezentrale und Berliner Gewerkschaftskommission und Afa verlangen.

Die Industriegruppe II (Baugewerbe und Steinindustrie) sowie die Gruppe III (Transport und Verkehr) haben sich auf den Standpunkt der Betriebsrätezentrale Münzstraße gestellt und somit die Bildung der selbständigen Betriebsräteorganisation verlangt. Jedoch fordern auch diese Gruppen, daß die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden. Die Industriegruppe VIII (Landwirtschaft und Gärtnerei) sowie die Gruppe IX (Lebens- und Genussmittel) haben die Wahl nach den Vorschlägen der Gewerkschaftskommission vollzogen, fordern jedoch gleichfalls die Einigung der beiden Körperschaften. Die Industriegruppen III (Beförderungs- und Textilindustrie) und Gruppe IV (Chemische Industrie), Gruppe VI (Graphisches Gewerbe), Gruppe VII (Holzindustrie), Gruppe X (Lederindustrie), Gruppe XI (Metallindustrie) Gruppe XII (Staatliche und kommunale Behörden) haben sich weder für die selbständige Betriebsräteorganisation noch für den Standpunkt der Berliner Gewerkschaftskommission und der Afa erklärt. Diese Industriegruppen verlangen mit aller Entschiedenheit, daß die Verhandlungen zwischen Betriebsrätezentrale und Gewerkschaften wieder aufgenommen, und zu einem im Interesse der sozialen Revolution und somit im Interesse des Proletariats liegenden Ergebnis geführt werden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission tritt heute Abend in einer Vollversammlung zusammen und wird sich voraussichtlich mit der durch diese Beschlüsse geschaffenen Situation zu beschäftigen haben. Ohne diese Verhandlungen in irgend einer Form vorgreifen zu wollen, möchten wir schon jetzt der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen zu der von den Groß-Berliner Betriebsräten fürmlich verlangten Einigung führt.

## Richard Wagner als Revolutionär

Von Fritz C. Schnelzer.

Allen Anhängern Wagners dürfte es bekannt sein, daß dieser geniale Meister, — im Innersten seiner Seele zur Melodie eines freudigen Lebens neigend —, an den revolutionären Vorgängen in den ersten Monaten des Jahres 1849 lebhaft und unmitttelbar teilnahm und seine ganze Persönlichkeit mit feurigster Begeisterung in den Dienst der Sache stellte. Inwiefern aber die Handlungen, mit denen Wagner tätig und fördernd sich an diesem traurig gescheiterten Aufstand beteiligte, verbürgten Tatsachen entsprechen, bzw. als unhaltbare, böswillige Verleumdungen zu bewerten sind, mögen diese Zeilen aus den Aufzeichnungen eines damaligen Dresdener Mitkämpfers näher beleuchten.

Den Freiheitskämpfern der Jahre 1848/49 gehörten viele intellektuelle Köpfe an, und fast nicht die Tatsache, daß sich Wagner als damaliger Kgl. Hofkapellmeister nicht in der Neutralitätszone hielt, die Amt und Stellung ihm anwies. Er zeigte sich offensichtlich mit den revolutionären Führern in Dresden, nahm an geheimen Versammlungen der Umstürzler teil und seine freundschaftlichen Beziehungen zu den gefährlichen Rodeo und Bakunin waren offenkundig. Was Wagner auf die Bahn der Revolution führte, war einerseits die Empörung gegen die kapitalistische Gesellschaft und gegen eine parasitische Luxuslust; das Mitleid mit dem entrechteten Proletariat und auch der Enthusiasmus für alle idealen Ziele überhaupt; andererseits aber auch der Jörn über die Kunstselbstherrlichkeit jener Männer, die als dominierende Kunstbehörde Wagner Werke nicht nur feindselig gestannt, verständnislos und ungerade Kritiken aussetzte, sondern auch seinen Reformplänen überall hindernd entgegen trat und ihm die freie Bahn verlegte.

Jugend weichen An, von verbrecherischer Robheit und Vernichtungswut hat Wagner nicht begangen; nie stand er auf der Barrikade mit dem Säbel in der Faust, nie feuerte er mit der Musketen auf die Königstruppen Soldaten. Die Behauptung, daß Wagner, die Straßenkämpfe leitend und die Aufrechter zum Anführer des Widerstandes ansetzend, pulvergeschwärt und mit zerrissener Kleidung auf und hinter einer der von seinem Freunde Gottlieb Semper errichteten, massiven Barrikaden gesehen worden sei, ist niemals bewiesen worden. Wagner lag einzig daran, dem lachbaren Blutvergießen zwischen sächsischen Truppen und Dresdener Bürgern ein Ende zu machen und die sächsischen Truppen mit dem sächsischen Volk gegen die anrückenden preussischen Bataillone, zu einheitlicher Abwehr zusammenzubringen. Aus diesem Grunde verteilte er auch an das sächsische Militär Zettel mit dem Aufdruck: „Selb ihr mit uns gegen fremde Truppen?“

Eine verbürgte Tatsache ist es, daß Wagner oben auf der Galerie des hohen Turmes der Kreuzkirche, deren Sturmglocken unerschütterlich heulten, Ausschau nach Zuziehenden von auswärts gehalten und wohl auch dementsprechend vereinbarte Signale an die aufgestellten Posten weiter gegeben hat, während um ihn die Augen auf das Ruwerturm des Turmes flackten. Auch wissen wir, daß Wagner, nachdem er die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß Dresden nicht länger mehr zu halten sei, den Freiheitskämpfern den strategischen Rat erteilt hat, das Kampfgebiet nach

den schützenden Bergen des sächsischen Erzgebirges zu verlegen; wie er auch bei seiner Flucht nach Chemnitz hier eifrig für den Aufbruch der Kommunalgarde nach Dresden und ihren Anknüpfung an die Aufständischen gewirkt hat.

Das war das Tauschliche seiner Beteiligung am Aufstand. Was sonst erbitterte Feinde Wagners an revolutionären Taten und Willen Beweisen seiner Zerstörungslust nachsagen, ist längst als Verleumdung entlarvt. So vor allem die ungeheuerliche Behauptung, daß er das Bringen-Palais in Brand zu setzen verjuchte und den Feuerbrand in das alte Opernhaus geworfen habe. Einwandfrei ist festgestellt, daß als Urheber dieser Brandstiftungen ein Badergestalt namens Wagner in Betracht kommt. Diese Namensgleichheit hat allerdings den damaligen sächsischen Minister Graf Beust nicht ohne böswillige Absichtlichkeit — zu verwechseln.

Für die Wagner zur Last gelegten aufrührerischen Delikte wurde gegen ihn das Verbot wegen Hochverrat eingeleitet und nachgehender Stadtrief erlassen:

### Stadtrief.

Der unten näher bezeichnete Königl. Hofkapellmeister Richard Wagner von hier ist wegen wesentlicher Teilnahme an der in hiesiger Stadt stattgefundenen aufrührerischen Bewegung zur Unterjochung zu ziehen, zur Zeit aber nicht zu erlangen gewesen. Es werden daher alle Polizeibehörden auf denselben aufmerksam gemacht und ersucht, Wagner im Vereintretensfalle zu verhaften und davon sogleich Nachricht zu erteilen.

Wagner ist 37 bis 38 Jahre alt, mittlere Statur, hat braunes Haar und trägt eine Brille.  
Dresden, den 16. Mai 1849.

### Die Stadt-Polizeideputation von Oppell.

Dieser Stadtrief blieb ohne Erfolg; Wagner war bereits über alle Berge. Am Morgen des 9. Mai war im Waisenhaus Grunbe im Gäßchen „Zum Steiger“, der damals ein bester Ausflugsort der Künstler von der Dresdener Hofoper war, ein Flüchtling angekommen. Der Flüchtling rann ihm von der Stirn, die Kleidung war zerrissen und in großer Auszehrung verlangte er schnell zu essen. Hierauf führte ihn der Sohn der Wirtin auf Schleichwegen nach Tharand. Von hier aus entkam der Mann glücklich über Freiberg nach Chemnitz. Es war Wagner. Hier erteilte Wagners Parteifreunde ihr Schicksal; sie wurden schmachlich verraten und im Garkhof verhaftet. Nur dem Glücksumstände, daß Wagner selbst bei seinem Schwager Wolfram übernachtete, rettete ihn vor der Festnahme und Verurteilung. Seine weitere Flucht führte Wagner, der unter falschem Namen tette und nur einen leichten braunen Fod und eine grau Reisetasche am breiten grünen Band trug, über Altenburg nach Weimar, wo Ritz eben im Begriffe war, den Tannhäuser zu wiederholen. Wagner jedoch gewarnt, vertrieb hier einen Angeren Aufenthalt und flüchtete weiter nach der Schweiz, dem Hof aller politischen Flüchtlinge.

Von da ab begannen Wagners heimtückischen Lebensjahre. Der Aufenthalt in Dresden selbst wurde durch preussisches Militär nach fünfjährigen erbitterten Straßenkämpfen niedergeworfen und

damit war das Schicksal der freiheitlichen Erhebung besiegelt. Noch heute erinnert ein Massengrab auf dem Annenfriedhof daran, daß hier 53 Tote der Ruhruhren der ewigen Freiheit entgegen schlummern; auch der 25 Fuß hohe Granit-Delst auf dem Kreuzfriedhof kündet uns von den 265 in den Straßenkämpfen 1849 Gefallenen.

Schachm Jahre später, die politisch hochgehenden Wogen hatten sich wieder gesänkt, kehrte im „Steiger“ ein Unbekannter ein, um eine alte Schuld zu bezahlen. Es war der einstige Freiheitskämpfer und Flüchtling, der hier am 9. Mai 1849 kurze Rast gehalten hatte, ohne bezahlen zu können, Richard Wagner. Am 23. Juli 1865 war er zum ersten Male wieder nach Dresden gekommen, um dem Begräbnis seines Freundes, des berühmten Opernsängers Ludwig Schnorr o. Carolsfeld, beizuwohnen. Wagner kam insofern Zugespätung nicht zur rechten Zeit an und konnte nur ans frische Grab des Freundes treten. Doch bevor er die Rückreise nach München antrat, besuchte er seine Reiter im „Steiger“, lekt allerdings unter anderen Verhältnissen als damals, denn kurz zuvor hatte das Schicksal Wagners durch die Sunst des jungen Bayern-Königs Ludwig II. eine ungeahnte, herrliche Wendung genommen, und dieser hob, im Gegensatz zu Dresden, den gottbegnadeten Künstler aus allem irdischen Glend hinauf auf jene unvergleichliche, sorgenfreie Höhe, womit sein Wahnen nicht nur den tiefsten Frieden, sondern er selbst endlich eine wahre Heimat in seiner Villa „Wahnfried“ in Bayreuth gefunden hatte.

Hebbel in Wette. Die Hannelo-Dichter machen mit ihrem Erfolg des „Dreimäderlachs“ weiter Schule. Nach Schubert, Heine und all den anderen, muß nun Hebbel daran glauben.

Das „Kleine Theater“ hatte den literarischen Ehrgeiz, in der Hundstagsbühne Elise Lenzing, Schuppiel von Günther Branden, als Uraufführung herauszubringen. Das Verhältnis Friedrich Hebbels zu Elise Lenzing ist ein zu tragisches und theaterwirksames Stoff, als daß die dramatische Bearbeitung nicht nahegelegen hätte. Die tiefe Tragik, die in der Doppelnatur des Weselburen Rautersohns liegt, der Kontervatio und revolutionär, Athetist und doch wieder bis ins Innerste autgläubig sein konnte, der sich heute der reinen und edlen Natur Elises für ewig verbunden fühlte, und dann, als die Not vorüber ist, sich mit der Schauspielerin Christine Enghaus vermahlt, — drängt fühlbar nach theatralischer Gestaltung. Hebbel selbst trug sich mit diesem Gedanken: „Ich habe schon mehrere Male daran gedacht, etwas über mein Leben abzuwaschen. Aber ich weiß nicht, ob ich dieser Aufgabe gewachsen bin.“ Günther Branden fühlt sich gewachsen. Er hat Hebbels Tagebücher die Briefe an Elise Lenzing geliehen — und schreibt ein Schauspiel fürs „Deutsche Haus“. Der Stichef bekommt, was er will: sein rührseliges Familienbild.

Irma Strunz, die die Elise Lenzing schlicht und edel, bei der Begegnung mit Christine Enghaus (Hermine Steller) mit einem Zug ins Heroische zeichnete, und Wolf Trunz als Hebbel wären allenfalls von den Darstellern zu nennen. Der überige Apparat ist schickigstes Sommertheater. — BeWall rabe, und die brave Wahrgemeinde verlangt nach dem Posten „Dichter“, A.

# Wir und die Spaa-Konferenz

## Vollversammlung der politischen Kommissionen

In den „Prachtvollen Groß-Berlin“ tagte gestern die erste Vollversammlung der politischen Kommissionen des Völkerbundes in Berlin-Brandenburg.

Zunächst wurden organisatorische Fragen besprochen, wobei die Freude darüber zum Ausdruck kam, daß durch die Vollversammlung der politischen Kommissionen ein Organ geschaffen ist, das in der Lage ist, zu brennenden politischen Fragen schnell Stellung zu nehmen.

In der Diskussion darüber sprachen die Genossen Meyer, Fesselbarth, Neuling und Kojelle. Genosse Stein verlangte die besondere Bildung eines Wirtschaftsrates zur Schulung für die Uebernahme und Kontrolle der Produktion, es wurde aber darauf hingewiesen, daß eine derartige Initiative bereits in den Räte- und Gewerkschaftskommissionen bestehe.

Genosse Dr. Bretschneider sprach darauf über „Auswärtige Politik und Spaa“. Er führte aus:

Wir können von Spaa nicht enttäuscht sein, weil wir wissen, daß Kapitalisten verhandeln. Dennoch darf in unseren Reihen keine Gleichgültigkeit gegenüber diesen Verhandlungen aufkommen, denn auswärtige und innere Politik sind eng miteinander verbunden. Spaa war die Fortsetzung von Versailles; der Vertrag wurde nicht revidiert, sondern nur ausgelegt. Eine Revision ist nur zu erwarten, wenn in allen Ländern die Arbeiterklasse zur Macht gekommen ist. Schuld an den Friedensbedingungen tragen, das muß immer wieder festgestellt werden, nicht die Unterzeichner, sondern die Kriegsherren und Kriegsverlängerer, die in Versailles dem russischen Volke noch ungleich härtere Bedingungen auferlegt haben. Schuld daran tragen auch diejenigen, die nach der Revolution den Militarismus wieder in den Sattel gehoben haben. Schuld an dem Mißtrauen der Alliierten, das eine Verständigung erschwert, ist der Geist des Bürgerkriegs, und vor allem der Geist, der auf unseren Universitäten herrscht.

Ohne Programm ist man nach Spaa gegangen, man hat wieder einmal, wie schon so oft im Kriege, auf die Uneinigkeit der Alliierten spekuliert. Während man ein guter Vorzügler eines Männergejangvereins sein, aber mit seiner Tränenröhrenpolitik keine er keinen Eindruck auf die Engländer machen, die Taktiken und Ziffern verlangen. Simons ist diplomatisch geschickt aufgetreten; den beiden letzten sozialdemokratischen Außenministern Käfer und Müller ist er entschieden vorzuziehen. In der Entwaffnungsfrage hätte man nicht mit dem Popanz des Bolschewismus kommen dürfen. Während hat aber in Spaa eine ganze Reihe altes Spitzmaterial, geheselt in einem Bande „Die rote Armee und der Märzputz“ vorgelegt. Darauf hatte die Entente sich aber nicht eingelassen.

Zu dem russischen Vorschlag, der den deutschen Militärs in Spaa sehr gelegen kam, um sich wieder einmal als die Gendarmen Europas aufspielen zu können, erklärt Breitscheid, daß er nicht der Ansicht ist, daß die Russen deutsches Gebiet verlegen wollen. Wichtig ist aber die Feststellung, daß nach dem Neutralitätsvertrag Oberst tatsächlich Frieden mit Rußland besteht. Nun soll man sich auch endlich zu Verhandlungen mit Rußland bequemen. Je eher wir Rußland durch Bestellung von Technikern und gelerntem Personal, aber auch durch Lieferung landwirtschaftlicher Geräte und Lokomotiven in den Stand setzen, seine ungeheuren Produktionsmöglichkeiten zu entfalten, um so eher werden wir selbst den Vorteil davon haben.

Gefährlich und unbedingt abzulehnen sei aber das Spiel mit dem Nationalbolschewismus. Breitscheid erzählt, wie erst dieser Tage ein adliger Offizier bei ihm gewesen sei und mit ihm über eine Verständigung mit Sowjetrußland zu einem Kriege gegen die Entente verhandeln wollte. Wir wollen keinen neuen Krieg gegen die Entente führen. Diese Pläne in den Gehirnen der Rechtspolitiker gehen letzten Endes darauf hinaus, den Militärs die Macht wieder ganz in die Hände zu spielen, die sie dann zur Wiedereinführung des kaiserlichen Regimes mißbrauchen würden. Zu der inneren Entwaffnung sei zu fordern, daß jetzt mit allem Nachdruck damit begonnen werde, die schwerbewaffneten Agrarier, Feilschwilligen und Studenten zu entwaffnen. Die Arbeiterklasse sei Gegner der Gewaltanwendung und habe noch nie von ihren Waffen, falls sie solche überhaupt besitzen sollte, offenen Gebrauch gemacht. In der Bourgeoisie entwaffnet, dann ist jede Gefahr eines Blutvergießens vermieden, denn die Arbeiterklasse ist vermöge ihrer entscheidenden Stellung im Produktionsprozeß jetzt genug, um aller Waffen entbehren zu können. Darum sollen jetzt genau, um aller Waffen entbehren zu können. Darum sollen jetzt genau, um aller Waffen entbehren zu können. Darum sollen jetzt genau, um aller Waffen entbehren zu können.

In der Kohlenfrage hat sich Simons davon überzeugt, daß durch stärkere Heranziehung der Braunkohlen und durch die Eröffnung der verschobenen Kohlen die Forderungen der Entente erfüllt werden könnten. Erst in den letzten Tagen seien 1 Million Tonnen deutscher Kohle in Schweden angeboten worden. Ein Eingriff auf die Arbeitszeit der Bergarbeiter würde das Signal

zu einer allgemeinen Empörung der deutschen Arbeiter sein, denn die Bergarbeiter haben infolge ihrer schweren Arbeit schon an der jetzigen Arbeitszeit übergenug. Ist aber erst die Arbeitszeit vermindert, auch die Arbeitszeit in Industrie und Landwirtschaft ins Ungemessene zu verlängern. Wir fordern demgegenüber die Sozialisierung der Bergwerke und man sollte sich auch in Kreisen der Bourgeoisie überlegen, ob es im Interesse des ganzen deutschen Volkes nicht zweckmäßiger sei, den Bergbau zu sozialisieren.

Bis zur Konferenz von Genf muß die deutsche Arbeiterschaft erneut zeigen, daß das alte Deutschland endgültig begraben ist. Es erwacht ihr die Pflicht, auswärtige Politik zu treiben und die Verhandlungen der Mächte zu beeinflussen, solange bis die Arbeiterschaft der ganzen Welt fähig ist, die Vertreter der Bourgeoisie von der Leitung der Staatsgeschäfte hinwegzuführen.

Die Ausführungen Breitschweids wurden mit starkem Beifall begrüßt. Die Vollversammlung beschloß einstimmig, von einer Diskussion abzusehen.

## Eine Rede Lloyd Georges

### Foch soll nach Polen gehen

London, 21. Juli.

Im dicht besetzten Unterhaus hielt heute Nachmittag Lloyd George eine ausführliche Rede über die politische Lage. Zunächst besprach der Premierminister die Erfolge Griechenlands in Kleinasien und sagte, die englische Regierung sei zu dem Schluß gekommen, daß es am besten sei, griechische Streitkräfte für diesen Zweck zu verwenden. Frankreich habe seine Zustimmung dazu gegeben. Die griechischen Truppen hätten ihre Aufgabe innerhalb zehn Tagen beendet. Er hoffe, daß die Griechen in Thrasien einen gleichen Erfolg erzielen würden. Die Griechen hätten Geschicklichkeit, Mäßigung und staatsmännliche Klugheit bewiesen. Deshalb hätten die Alliierten die Griechen zur Herstellung der Ordnung in diesem Teil der Welt erfolgreich herangezogen.

Lloyd George führte weiter aus, die Türkei habe zehn Tage Zeit erhalten um den Friedensvertrag anzunehmen. Er hoffe, daß sie ihn unterzeichnen werde.

Der Premierminister fuhr dann fort: Polen hat den Alliierten Anlaß zu großer Sorge gegeben. Ich habe offen zu Polen gesprochen und bedauere, daß meine Bemühungen sich verwirrt haben. Ein unabhängiges Polen ist für die Erhaltung des Friedens unerlässlich. Ohne ein unabhängiges Polen würde eine große aggressive Militärmacht über das Gebiet eines anderen Volkes hinweg direkt gegen die deutsche Grenze heranziehen. Der polnische Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, die polnische Armee innerhalb der eigentlichen Grenzen Polens zurückzuführen. Mitterand habe die Antwort der Sowjetregierung als imperinent bezeichnet, er, Lloyd George, würde lieber das Wort „unlogisch“ anwenden. Die Sowjetregierung sei bereit, die Frage eines Waffenstillstandes mit Polen in freundschaftliche Erwägung zu ziehen, es seien indes Anzeichen dafür vorhanden, daß die Sowjetregierung lediglich bereit sei, über die Angelegenheit mit einer Proletariatsregierung zu verhandeln.

Das sei eine unerträgliche Lage. Alles, was die Alliierten bezüglich Rußlands gewünscht hätten, sei, daß es in voller Freiheit seine eigene Regierung wählen sollte. Die Sowjetregierung sei nicht von Rußland gewählt worden, sie sei eine große Autokratie, wie ihre Vorgängerin. Um die Ehrlichkeit der Sowjetregierung auf die Probe zu stellen, hätten die Alliierten Polen den Rat gegeben, an Rußland heranzutreten und um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Wenn Rußland dieses Ersuchen ablehne, und die russischen Truppen in Polen einmarschieren, dann würden die alliierten Mächte Polen alle in ihrer Macht liegende Unterstützung gewähren. Innerhalb der letzten Tage hätten die Polen ein freiwilliges Heer von 300 000 Mann aufgestellt. Polen habe also reichlich Mannschaften, aber Mangel an Ausrüstung und organisatorischen Kräften. Frankreich und England könnten diese liefern. Es liege im Interesse von England und Europa, daß Polen nicht vernichtet werde. Frankreich und Großbritannien hätten besonders Gelände nach Polen geschickt, die darüber berichten sollen, welche Schritte ergriffen werden könnten, um dem polnischen Volke bei der Verteidigung seiner Grenzen beizustehen. Wir haben den englischen Botschafter in Berlin mit einem militärischen Vertreter abgeschickt, und Frankreich sendet General Belgand. Es ist auch sehr möglich, daß Foch nach Polen gehen wird, aber ich hoffe, daß dies nicht erforderlich sein wird.

Lloyd George wendet sich dann den

### Ergebnissen der Konferenz in Spaa

zu und bemerkt, die Konferenz habe den Deutschen die Möglichkeit gegeben, mit den Alliierten in einer ruhigeren Atmosphäre und einer auf beiden Seiten etwas jugendlicheren Stimmung zusammenzukommen. Er habe den Eindruck, daß der deutsche Reichsführer und Dr. Simons zwei vollkommen ehrenhaften, aufrichtigen Männer seien. Sie seien Leute, die ihr Bestes tun würden, um den Friedensvertrag auszuführen. In Spaa seien für jedes einzelne Land wertvolle Ergebnisse erzielt und die Einigkeit der Alliierten gestärkt worden.

Lloyd George führte weiter aus, daß etwa zwei Millionen Tonnen Schiffsraum an Großbritannien seit dem Waffenstillstand ausgeliefert worden seien. Diese Schiffe würden zum Vorteil des englischen Staatsfiskus verkauft und der Erlös in erster Linie für die Umkosten der englischen Besatzungsmarine und in zweiter Linie für den englischen Anteil an der Wiedergutmachung verwendet werden. Deutschland habe zugestimmt, zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich zu liefern, wovon einhalb Millionen an Frankreich gehen würden. Es sei erwiesen, daß die Deutschen sich mit dem Problem der Entschädigung abgemüht hätten und große Anstrengungen machten, um damit vorwärts zu kommen. Lloyd George betonte, daß Pläne zur Beschaffung von Geldmitteln aufgestellt worden seien, um Deutschland in den Stand zu setzen, die Zahlungen zu leisten. Ein Versuch, sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, sei nicht wünschenswert. Während der nächsten Woche würde ein Ausschuss von Sachverständigen sich mit den Plänen befassen.

Zur Frage der „Kriegsverbrechen“ bemerkte Lloyd George, in Spaa seien Abmachungen getroffen worden, die es ermöglichten, die Frage zu einem neuen Zeitpunkt ohne Verzögerung und mit Nachdruck zu behandeln.

Die Entwaffnungsfrage sei eines der schwierigsten Probleme gewesen, denen man gegenüberstand. Bezüglich der Kriegslotie sei ein befriedigender Fortschritt erzielt. Es seien nur noch einige Schiffe und nur noch geringes Material auszuliefern. Alle großen Schiffe, U-Boote und Torpedoboote seien ausgeliefert worden. Zu Ende September würde der ganze Rest der Kriegsfahrzeuge ausgeliefert sein. Unter dem an die Alliierten ausgelieferten Kriegsmaterial befänden sich 25 000 schwere Geschütze. Das deutsche Heer besitze noch 2000 Maschinengewehre, eine große Anzahl von Grabenmörsern und einhalb Millionen Handfeuerwaffen, ferner 176 Millionen Patronen, 25 Millionen Granaten und noch den größten Teil der Flugzeuge. Die deutsche Armee sei bereits auf 200 000 Mann vermindert worden. Es befänden sich aber außerdem noch zwei Millionen Mann in Deutschland, die noch nicht ausgeliefert seien. Die Hälfte der ausgelieferten Geschütze sei bereits zerstört worden. Der Rest werde gegenwärtig in einem Verhältnis von 1000 Stück wöchentlich zerstört. Die Deutschen hätten noch 6000 Maschinengewehre. Ferner befänden sich außer dem regulären Heere ungefähr 100 000 bewaffnete Männer in Deutschland. Lloyd George fuhr fort: Es befinde sich also aktuell Kriegsmaterial in Deutschland, als daß man sich sicher fühlen könnte. Die Gewehre würden nicht ausgeliefert, weil die politischen Parteien in Deutschland einander mißtrauen. Die Alliierten hätten verlangt, daß eine Proklamation erlassen werde, und hoffen, daß infolgedessen die rüstständigen Gewehre bis Ende September ausgeliefert sein würden.

## Die Mißachtung des Völkerbundes

Amsterdam, 22. Juli.

In der gestrigen Unterhausdebatte erklärten in der Debatte Raquith und Lord Robert Cecil, es sei zu beklagen, daß die Inter-

vention des Völkerbundes in dem russisch-polnischen Streit nicht eher angerufen worden sei. Die jüngste Antwort Moskaus habe eine große Mißachtung für den Völkerbund zum Ausdruck gebracht.

## Spaa im Reichswirtschaftsrat

Die gestrige Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich zunächst mit den in der Presse dagegen geäußerten Bedenken, daß die Reichsregierung vor dem Zusammentritt des Reichstages sich bereit gefunden habe, dem Reichswirtschaftsrat über das Abkommen in Spaa Bericht zu erstatten. Von dem Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses, Direktor Krae mer, wurde hervorgehoben, daß die Einberufung des Reichswirtschaftsrates bereits in Spaa beantragt und vom Kabinett genehmigt worden sei. An sich habe der Reichswirtschaftsrat über die Einberufung seiner Sitzungen selbst zu bestimmen und er habe das Recht, hierzu die beteiligten Minister einzuladen. Es sei also nicht Schuld des Reichswirtschaftsrates, wenn der Reichstag jetzt erst später zusammengetreten sei. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz verwies darauf, daß die Reichsregierung von dem Gedanken ausgegangen sei, daß der Reichswirtschaftsrat gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung gutachtlich zu hören sei. Eine solche gutachtliche Äußerung des Reichswirtschaftsrates habe aber nur dann Sinn, wenn sie vor der Stellungnahme des Reichstages, der selbstverständlich die Entscheidung habe, bereits vorliege. Im weiteren betonte der Reichswirtschaftsminister, daß das Reichswirtschaftsministerium alle Kräfte daran setzen werde, das in Spaa getroffene Abkommen zur Durchführung zu bringen. Der wirtschaftspolitische Ausschuss setzte dann einen achtzehntägigen Unterausschuss zur Besprechung der Ernährungsfragen ein.

In der heutigen Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates werden zunächst der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes das Wort ergreifen. Darauf wird Reichsminister Dr. Simons einen Bericht über die Konferenz von Spaa geben, woran sich eine Aussprache anschließen wird.

Das Verhältnis zwischen diesem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag bedarf noch sehr der Klärung. Wir erwarten, daß sich im Reichstag Gelegenheit finden wird, sie herbeizuführen. Es geht nicht, daß der Regierung die Freiheit gegeben wird, mit den Tagungen und Kundgebungen der beiden Häuser nach Belieben und Bedarf zu jonglieren.

Einberufung der Völkerbundversammlung. Präsident Wilson hat die erste Völkerbundversammlung formell einberufen. Die Versammlung wird im November in Genf abgehalten werden.

Die portugiesische Ministerkrise ist durch die Verkündung fast aller Parteien beigelegt worden. Unter dem Vorherrschen des liberalen Führers Antonio Crato wurde ein Koalitionskabinett gebildet.

Japanischer Militarismus. Nach einer Havasmeldung aus Tokio beschloß das Repräsentantenhaus, einen Ergänzungskredit von 466 Millionen Yen zu bewilligen, die hauptsächlich für die Landesverteidigung Verwendung finden sollen.

Zurücksendung der russischen Kriegsgefangenen aus Frankreich. Frankreich beginnt nunmehr alle seine russischen Kriegsgefangenen zurückzulassen.

## Gewerkschaftliches

### Berufung des Malerstreiks

Die spontan aus der großen Erregung über die Verschleppungstaktik der Unernehmer in Einzelbetrieben entstandenen Streiks, werden eine Erweiterung erfahren. Die Bezirksräte der streikenden Betriebe stellen in der gestrigen Vollversammlung der Bezirksräte, nach einem Bericht des Gen. Kaiser über die Situation, den Antrag:

„In allen Betrieben, die bis heute noch keine Zugeständnisse gemacht haben, morgen die Forderungen zu überreichen. Wird kein Zugeständnis erreicht, so ist die Arbeit sofort niederzulegen.“ Der Antrag wurde nach ausgiebiger Diskussion angenommen. Es ist demnach mit einer Ausdehnung des Streiks zu rechnen.

### Generalversammlung der Fabrikarbeiter

In der Generalversammlung, die Mittwoch im Gewerkschaftshaus stattfand, gab Genosse Reimann den Bericht vom Verbandstag.

Die Opposition war wohl zahlenmäßig schwächer als die Verbandspartei, ihr Einfluß und ihre Wirkung zeigte sich jedoch in der Annahme der Antenne zum Statut und der Resolution zur internationalen Gewerkschaftspolitik, sowie in der Schaffung eines Beirates mit weitgehenden Rechten.

Die Diskussion, in der von verschiedenen Delegierten der Bericht ergänzt wurde, führte zur Annahme folgender Resolution:

„Die Generalversammlung stellt ausdrücklich fest, daß sie mit der Arbeit und der klaren Stellungnahme der Opposition auf dem Verbandstag in Hannover einverstanden ist und betont ausdrücklich, daß sie die Haltung der Berliner Delegierten gutheißt. Die Generalversammlung macht es sich zur Pflicht, über die Grenzen der Zahlstelle hinaus, in diesem Sinne für die Entwicklung des Verbandes zu wirken.“

### Die Staatsarbeiter gegen die Regierung

Am 20. Juli 1920 hatte der Deutsche Transportarbeiterverband die in den Reichsbetrieben und Staatsverwaltungsbehörden beschäftigten Lohnempfänger zu einer Protestversammlung nach dem Königsplatz-Kasino berufen, die einen überaus starken Verlauf aufwies. Genosse Fleg referierte über das Thema: „Was haben die Staatsarbeiter von der jetzigen Regierung zu erwarten?“ Ihre interessanten Ausführungen, die speziell die eigenen Auffassungen des Herrn Reichsfinanzministers Witzel von der Belohnung der Staatsbeamten und Arbeiter darlegten, fanden die begehrteste Zustimmung aller Anwesenden. Nach einander wurde folgende Entschlossenheit einstimmig angenommen:

„Die am 20. Juli 1920 versammelten im Transportarbeiterverband organisierten Lohnempfänger der Reichsbetriebe und Verwaltungsbehörden, erheben härtesten Protest gegen die unethische Verschleppung ihrer Lohnverhandlungen. Die vom Arbeitsministerium vorgeschlagenen Verhandlungen des noch nicht abgeschlossenen Eisenbahnerarbeits die Verhandlungen noch nicht aufgenommen werden könnten, können die Versammelten nicht anerkennen. Sie lehnen es ab, daß die Gestaltung ihres Lohnabkommens Verhandlungen ausschlaggebend zugrunde gelegt werden sollen, an denen sie nicht teilhaftig sind. Sie fordern daher instig eine Verhandlungsgemeinschaft aller Reichs- und Staatsarbeiter, um so der Gerechtigkeit das angenehme Argument zu nehmen, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.“

Des weiteren protestierten die Versammelten gegen die zweifelhafte Haltung der Regierungsmitglieder, welche eine weitere Vereitelung von Mitteln für die Reichs- und Staatsarbeiter glauben ablehnen zu müssen. Die Organisationsleiter werden verpflichtet, sofort Schritte zu unternehmen, um Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen unverzüglich in die Wege zu leiten.“

Versammlung der Metallarbeiter. Eine Versammlung der Metallarbeiter und Galvanisierer beschäftigte sich Dienstag mit dem Thema: „Gewerkschaften, Partei und Räte.“ Der Referent Genosse Wignath polemisierte gegen einen Artikel in der „Freiheit“, der am 10. Juni im Hinblick auf eine Resolution der gleichen Branche erschienen ist. Er führte aus, daß die Besetzung über den Kampfwillen und die Kampffähigkeit der Arbeiter nicht am besten auszuweisen könnten und darum auch in der Lage sind, den Mißbrauch der Waffen feierlich zu machen und im Kampf

## Der Dieb

Von H. Gutmann.

Die Gäste saßen sich auf die Terrasse des Hotels.

Dort wurde ihre Aufmerksamkeit auf einen Jungen gerichtet, der von mehreren Händen am Rock und an den Armen festgehalten war. Man hatte ihn gerade dabei ertwischt, wie er, auf der Mauer des Gartens liegend, sich herabbeugte und von dem Obst, das in Spalten an der Mauer emporkam, sich Früchte nahm. „Weißt du, was du getan hast, weißt du das?“ schrie der Wirt, „Weißt du, kleiner Herr, leuchend vor Anstrengung, denn er kam ein dicker, kleiner Herr, leuchend vor Anstrengung, denn er kam leuchtend vom Essen: „Du hast gestohlen, gestohlen hast du, du Lump!“ Bei dem Wort „Lump“ gab er ihm eine schallende Ohrfeige.

Die Gäste blinzelten boshaft auf den kleinen Kerl, dem man aus den zerrissenen, schmierigen Taschen die Birnen herausholte. Sein schwächlicher Körper bebte vor Angst, und über die anderen Wangen liefen die Tränen.

„Warum hast du gestohlen? He, — mach dein Maul auf! — Warum hast du gestohlen?“ regte sich wieder der Wirt auf, annehmend mehr aus Eifer vor den Gästen als aus Verger.

„Ich hab zwei Tage nichts gegessen — Ich — hatte — Hunger —“

„Hunger hastest du! — Glaubst du, wenn ich Hunger habe, gehe einfach hin und stehle? — Glaubst du das?“

Einige lachten laut auf bei dem Gedanken an die Möglichkeit, daß dieser kleine, harmlose Herr stehlen ging.

„Was das Obst heute kostet“, sagte eine ältere Dame, während sie eine Zigarette anzündete.

„Ja, ja“, sagte jemand, „zwei Tage muß man ihn hierbehalten und arbeiten lassen!“

Die Mehrheit der Anwesenden stimmte diesem Mittel zu. Der junge wand sich in den Händen seiner Feindgenossen, um loszukommen, und weinte unaufhörlich. Eine gewisse Freude verleitete diese Menschen dazu, selbst das Recht auszuüben. Sie hatten das unangenehme Empfinden, daß dieses armeleiche Geschöpf sie alle unangenehm persönlich angehe, und waren empört.

Ein Knabe mit ledernen Strümpfen und einem Spitzhütchen schenkte einen halben Dombon im Munde, regte sich sehr auf und redete den kleinen Dieb an:

„Glaubst du denn gar nicht an Gott? Es ist doch verboten zu stehlen!“

„Entartete Schädelform. — Säuerfamille.“ sagte ein Herr, einbar Mediziner. „Was ist dein Vater?“

„Vater ist tot!“ — stieß der Junge unter Geheul hervor, im ... Bergwerk verunglückt. ...

„Und deine Mutter?“

„Wäh!“ ... liegt ... ist ... sie ... krank ... Kann sich ... rühren ...

Den Gästen wurde es peinlich. Sie veranlaßten den Wirt, den Kerl nach einer gehörigen Tracht Prügel laufen zu lassen.

Die Birnen warf man zu den Abfällen, da sie in den schmierigen Taschen des Jungen gelegen hatten.

Dann traten die Herrschaften in das Haus und erfrischten sich an köstlichen Lederbissen, im stolzen Bewußtsein ihrer hohen Moral.

